

*Betreff:***Übersicht zu eingereichten Anfragen und Anträgen im
Stadtbezirksrat Nordstadt***Organisationseinheit:*Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste*Datum:*

01.04.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

23.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

§ 66 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig vom 1. November 2016 wurde durch einen Ratsbeschluss am 18. Dezember 2018 geändert bzw. ergänzt. Den Stadtbezirksräten ist künftig einmal pro Jahr eine Übersicht der eingereichten Anträge und Anfragen inklusive des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

Aus den beigefügten Anlagen 1 und 2 sind die o.a. Angaben für den Stadtbezirksrat Nordstadt für das Jahr 2018 (maßgeblich ist das Einreichungsdatum auf dem Allris-Dokument) zu entnehmen.

Ruppert

Anlage/n:Anlage 1/Anträge
Anlage 2/Anfragen

Anträge 331

Typ: Anregung Vorschlag Bedenken Entscheidung

Sitzung am	Vorlagen-Nr.	Betreff	Beschluss	Typ	erledigt am	Bearbeitungsstand
15.02.2018	18-07116	Umgehende Schaffung der Zugänglichkeit zum Schul- und Bürgergarten	Ja	A	24.05.2018	erledigt
24.05.2018	18-08183	Außenfläche (Spielplatz) für das SELAM	Ja	A	12.03.2019	erledigt
13.09.2018	18-08943	Bücherschrank für Schwarzer Berg	Ja	A		Suche nach neuem Standort läuft noch
20.11.2018	18-09457	Offizielle Eröffnung Spielplatz Tunicastrasse	Ja	A	24.01.2019	erledigt

Anfragen 331

Sitzung am	Vorlagen-Nr.	Betreff	erledigt am	Bearbeitungsstand
15.02.2018/24.05.2018	18-07051	Zustand der Freyastr. auf Höhe der Kleingartenvereine und des Familienzentrum St. Georg	23.08.2018	erledigt
24.05.2018	18-07770	Einführung einer flächendeckenden Tempo 30-Zone im gesamten Gebiet Schwarzer Berg	24.01.2019	erledigt
	18-07771	Prüfung eines Modellprojektes Tempo 30 auf dem Ring von 22:00 - 06:00 Uhr	21.01.2019	erledigt
13.09.2018	18-08942	Nutzung Grünfläche Hamburger Str./Rebenring/Lampestr.	12.03.2019	erledigt
	18-08941	Toilettenanlage Ölper See	01.10.2018	erledigt
	18-09092	Bauvorhaben Freya-/Spargel-/Wodanstraße	20.11.2018	erledigt
20.11.2018	18-09455	sechste IGS in Braunschweig	20.12.2018	erledigt
	18-09456	Wohnbebauung Freystraße	20.11.2018	erledigt

Betreff:

Verzicht auf Planfeststellung für die Sanierung der Gleisanlagen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH im Bereich des Griesmaroder Bahnhofs

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 25.04.2019
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	15.05.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	22.05.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	23.05.2019	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	12.06.2019	Ö

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig stimmt dem Verzicht auf Planfeststellung für die Sanierung der Gleisanlagen und Bau der Stadtbahnhaltestellen im Bereich des Griesmaroder Bahnhofs unter Abgabe der beschriebenen Stellungnahme in ihrer Funktion als Trägerin öffentlicher Belange zu.“

Sachverhalt:Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG i. V. mit der Hauptsatzung der Stadt § 6 Nr. 4 lit. b. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage um einen Beschluss über eine städtische Stellungnahme im Zusammenhang mit einem angestrebten Verzicht auf Planfeststellungsverfahren nach § 28 PBefG, für die der Planungs- und Umweltausschuss zuständig ist.

Gleis-Planung

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) beabsichtigt, abgestimmt mit der Stadt Braunschweig, die Gleisanlagen im Bereich des Griesmaroder Bahnhofs zu sanieren und an die Planung Griesmaroder Bahnhof der Stadt anzupassen. Diese Gesamtplanung wurde vom PIUA bereits beschlossen (DS 18-09454). Für den Bereich westlich der Berliner Straße ist grundsätzlich ein formelles Planrechtsverfahren durchzuführen. Die BSVG hat einen Verzicht auf Planfeststellung beantragt. Ein Planverzicht kann nur durchgeführt werden, wenn u. a. mit den vom Plan Betroffenen und den Trägern öffentlicher Belange das Einvernehmen hergestellt ist.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, dem Planverzicht zuzustimmen, wenn folgende Stellungnahmen berücksichtigt werden:

Verkehr

Die Planung entspricht der mit der Stadt abgestimmten verkehrlichen Umgestaltung des Verknüpfungspunktes Bahnhof Gliesmarode und wird ausdrücklich begrüßt.

Abfallrecht

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den beantragten Planverzicht. Es wird jedoch vorsorglich darauf hingewiesen, dass bezüglich des in Kapitel 5.2 der Erläuterung genannten Baugrunds, die im Zuge der Baumaßnahme anfallenden Abbruch- und Aushubmaterialien unter Beachtung der abfallrechtlichen Vorschriften geordnet zu entsorgen sind. Die allgemein gültigen Regelungen der abfallrechtlichen Gesetzgebung sind zu beachten.

Immissionsschutz

Die immissionsschutzrechtliche Zuständigkeit für personenbefördernden Nahverkehr (NACE 49.31.0) liegt grundsätzlich beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt. Die Belange sind somit auch von dort zu beurteilen.

Aus Sicht des Immissionsschutzes im Rahmen der städtebaulichen Planung bestehen keine Bedenken gegen einen Planverzicht.

Naturschutz

Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sind nicht betroffen. Sollte es ggf. zu Gehölzfernungen kommen, sind die Verbote der §§ 39 und 44 BNatSchG zu beachten und einzuhalten.

Gewässerschutz

Belange nicht betroffen.

Bodenschutz

Bodenschutzrechtlich bestehen keine Bedenken gegen die Gleissanierung.

Kampfmittel

Im Planungsbereich westlich der DB-Brücke besteht kein Kampfmittelverdacht.

Im Planungsbereich östlich der DB-Brücke besteht Kampfmittelverdacht. Dort sind aus Sicherheitsgründen bei Erdarbeiten Gefahrenforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen.

Klima/Luft

Veränderungen der stadtclimatischen und lufthygienischen Bedingungen sind durch die Maßnahme nicht zu erwarten.

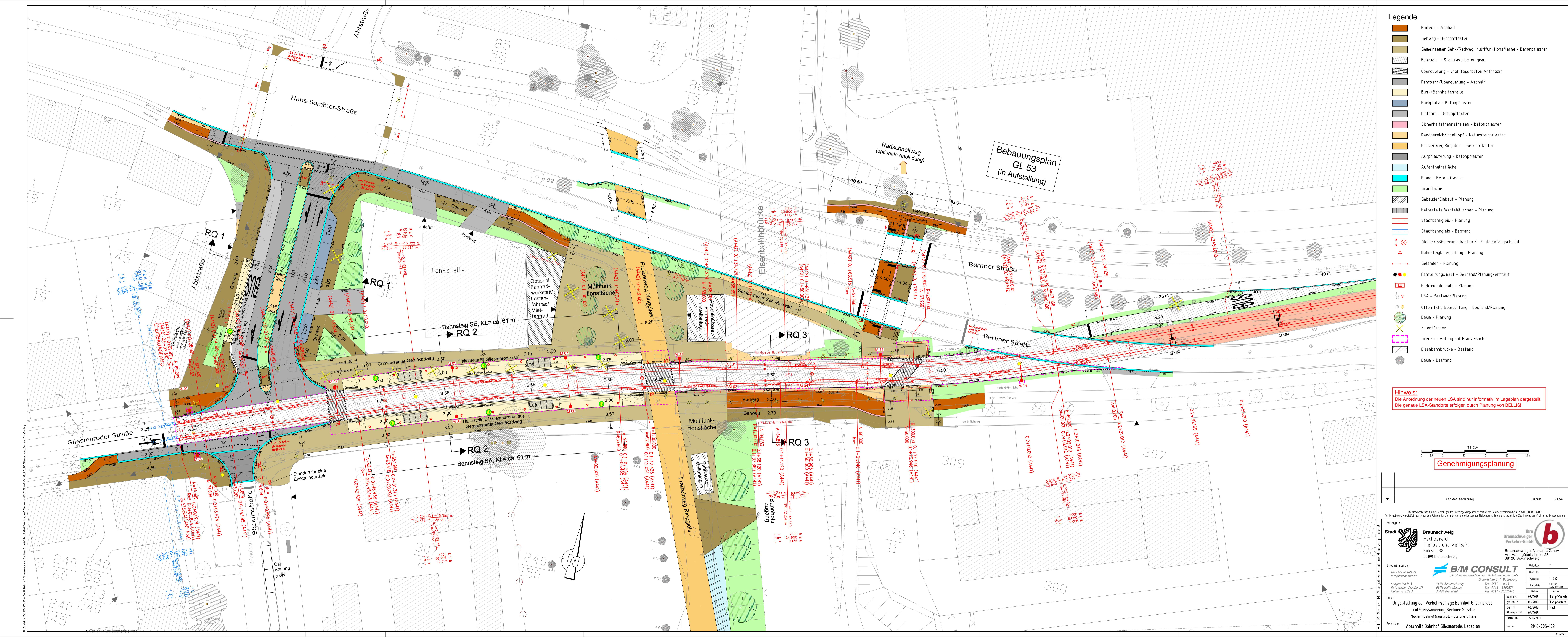
UVP

Das Ergebnis der vorgelegten allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c UVPG (a. F.) ist nachvollziehbar.

Leuer

Anlage:

Übersichtslageplan



Betreff:**Verwendung von bezirklichen Mitteln 2019 im Stadtbezirk 331 - Nordstadt****Organisationseinheit:**Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste**Datum:**

29.04.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Entscheidung)

Sitzungstermin

23.05.2019

Status

Ö

Beschluss:

Die in 2019 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 331 - Nordstadt werden wie folgt verwendet:

1. Grünanlagenunterhaltung	400,00 €
2. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen	8.600,00 €

Die Verwendungsvorschläge ergeben sich aus dem Begründungstext.

Sachverhalt:

Für die Verwendung der bezirklichen Mittel im Stadtbezirk 331 – Nordstadt unterbreitet die Verwaltung dem Stadtbezirksrat folgende Vorschläge:

Zu 1.: Grünanlagenunterhaltung **400,00 €**

Narzissenzwiebelpflanzung am Burgundenplatz
vor dem Siegfrieddenkmal **400,00 €**

Zu 2.: Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen **8.600,00 €**

Sielkamp
Gehweg vor Haus-Nr. 12 G/H:
Auswechseln der Gehwegplatten und Regulierung der
Schottertragschicht. Einzelne defekte Bordsteine erneuern
beitragspflichtig* **8.600,00 €**

(*Erst abrechenbar, wenn die jeweilige Anlage durchgängig erneuert ist)

Zu den Verwendungsvorschlägen bezüglich der Einrichtungsgegenstände an bezirklichen Schulen wird die Fachverwaltung zu einem späteren Zeitpunkt eine Beschlussvorlage einbringen.

Der Stadtbezirksrat 331 – Nordstadt hat im laufenden Haushaltsjahr von dem Recht Gebrauch gemacht, die Haushaltsmittel als Budget zugewiesen zu bekommen (siehe § 16 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig).

Die im Beschlusstext genannten Beträge dienen lediglich der Orientierung. Der Stadtbezirksrat kann unabhängig davon, im Rahmen seines Gesamtbudgets, abweichende Beschlüsse fassen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2019.

Ruppert

Anlage/n:

keine

Betreff:

Ausbau des städtischen W-LANs

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.02.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Beantwortung)

Status

12.03.2019

Ö

Die Stadt Braunschweig hat mit BS Energy für die kommenden Jahre eine Vereinbarung zur kostenlosen Endkundennutzung von W-LAN-Hotspots unter dem Namen „BS Hotspots“ in der Innenstadt geschlossen. Diese wurde im vergangenen Jahr im innerstädtischen Gebiet ausgehend vom Kohlmarkt und dem Schlossplatz auf die gesamte Fußgängerzone und das Magniviertel erweitert. Diese Vereinbarung galt bei Abschluss für fünf Jahre mit der anschließenden Option für die Stadt, die technische Infrastruktur zu erwerben und selbst zu betreiben.

Darüber hinaus besteht seit Dezember 2018 die Möglichkeit den „BS Hotspot“ in den vier Gelenkbussen der emil-Flotte der Braunschweiger Verkehrs GmbH zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass die freie Nutzung von W-LAN-Hotspots eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zur „Smart City“ sei. Hierbei soll die Attraktivität Braunschweigs als Lebens- und Wirtschaftsstandort nachhaltig hoch gehalten werden.

Insbesondere zum letztgenannten Punkt fragen wir die Verwaltung:

1. Bestehen derzeit strategische Planungen, das städtische W-LAN-Netz um weitere Standorte jenseits der Innenstadt auszubauen? Falls ja: Liegt der Planungsschwerpunkt zum Ausbau des städtischen W-LAN-Netzes derzeit auf die Nutzung in städtischen Einrichtungen (zum Beispiel Stadthalle, städtische Kliniken, Stadtbäder) und/oder im Umfeld der dezentralen Marktplätzen in den einzelnen Stadtteilen? Gibt es hierfür schon zeitliche Zielsetzungen bis wann ein Ausbau realisiert werden soll?
2. Inwieweit sind das Eintracht-Stadion sowie die Standorte der Kinder- und Jugendeinrichtungen B 58 und SELAM im Ausbaukonzept bislang berücksichtigt worden? Inwieweit sind die Marktplätze innerhalb des Stadtbezirksratsgebiet Nordstadt (Nibelungenplatz und Am Schwarzen Berge - Ligusterweg) im Ausbaukonzept bislang berücksichtigt worden?
3. Inwieweit besteht die technische Möglichkeit, die bestehende Fahrzeugflotte der Braunschweiger Verkehrs GmbH mit W-LAN-Technik aufzurüsten? Besteht hierfür bereits eine Kostenkalkulation, ggf. auf Basis der emil-Flottenaufrüstung? Besteht die technische Voraussetzung, in der neu bestellten Stadtbahn-Flotte der Braunschweiger Verkehrs GmbH (Tramino II) allen Fahrgästen die Nutzung von freiem W-LAN anzubieten?

gez. Enrico Hennig

Anlagen:

keine

Betreff:**Ausbau des städtischen W-LANs****Organisationseinheit:**Dezernat VI
0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat**Datum:**

06.05.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

23.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zum Vorgehen wird auf das „Konzept zum freien WLAN in Braunschweig“ verwiesen, das durch den Rat in seiner Sitzung am 12. Juni 2018 beschlossen wurde. Demnach zählen das Errichten und der Betrieb eines öffentlichen WLAN zu den freiwilligen Aufgaben einer Kommune und werden daher nur mit überschaubaren finanziellen und personellen Ressourcen unter gewissenhafter Kosten-/Nutzenabwägung übernommen. Außerhalb frequenzstarker Standorte wird hierbei auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen abgestellt. Weiterhin sind Kooperationen und die Einbeziehung externer Partner zur Ausweitung des öffentlichen WLAN-Angebotes Richtmaß der Verwaltung. Weiterhin wird auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 17. Oktober 2018 (DS 18-08743) verwiesen, die allen Stadtbezirksräten zur Kenntnis gegeben und in der Sachstand zum WLAN dargelegt wurde.

Das vorausgeschickt, nimmt die Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 331 wie folgt Stellung.

Frage 1:

Die Planungen gehen aus dem o. a. Konzepten und Mitteilungen hervor. Bezuglich des WLAN-Ausbaus in den Stadtbezirken führt die Verwaltung Gespräche mit einem Bürger, der sich im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements für die Errichtung eines Freifunknetzes an zentralen Plätzen seines Stadtteils engagiert und bereits erste Zugangspunkte erfolgreich umgesetzt hat. Das Vorgehen erfolgt abgestimmt mit der Verwaltung.

Darüber hinaus wird mit der Freifunkinitiative aus Braunschweig ein schlankes und zielführendes Förderprogramm auf den Weg gebracht, um eine Ausweitung von kostenfreiem WLAN mit Hilfe von Freifunk in den Braunschweiger Stadtteilen zu ermöglichen. Die konkreten Abstimmungen laufen, sodass das Freifunk-Angebot noch in diesem Jahr weiter ausgebaut werden kann. Dazu erfolgt eine gesonderte Mitteilung an alle Stadtbezirksräte.

Eine Schwerpunktsetzung bezüglich bestimmter Stadtgebiete oder Gebäude erfolgt nicht.

Frage 2:

Wie bereits ausgeführt sieht das Ausbaukonzept vor, dass in den Stadtteilen auf das bürgerschaftliche Engagement abgestellt wird. Ein weitergehendes Ausbaukonzept für einzelne Stadtteile oder bestimmte Einrichtungen in einzelnen Stadtteilen besteht nicht.

Frage 3:

Die Verwaltung hat zur Beantwortung die Verkehrs-GmbH Braunschweig gebeten. Demnach sind die vier E-Gelenkbusse der Verkehrsbetriebe nachträglich mit einem WLAN-Router ausgerüstet worden, der im BS|Hotspot agiert. Die Technik wird seit dem 1. Dezember 2018 im Fahrgastbetrieb getestet. Der Betrieb läuft dabei derzeit noch nicht ganz störungsfrei, da die Router von zwei der vier Busse kein dauerhaft stabiles WLAN-Feld aufbauen. Die Verkehrs-GmbH ist dazu mit dem Vertragspartner HTP in Kontakt.

Eine Kostenkalkulation für eine mögliche WLAN-Nutzung in der gesamten Flotte der Verkehrs-GmbH hängt wesentlich von dem darüber laufenden Datenverkehr ab. Dieser wird unter anderem derzeit im Testfeld der Busse erhoben. Die Verkehrs-GmbH geht nach derzeitigen Erkenntnissen von Betriebskosten in der Größenordnung von 240.000 € pro Jahr für die gesamte Busflotte aus. Die Kosten der einmaligen Nachrüstung der Busse würden sich hochgerechnet auf etwa 2.500 Euro pro Bus belaufen.

Die neuen Tramino-Stadtbahnen dagegen sind technisch nicht für die WLAN-Nutzung vorbereitet. Nachrüstungen wären möglich, die Kosten dafür können von den Verkehrsbetrieben aktuell nicht valide geschätzt werden. Dasselbe gilt für die Betriebskosten für eine WLAN-Nutzung der Stadtbahnflotte, da aufgrund der Fahrzeuglänge die Feldausleuchtung geprüft werden muss, um die benötigte Anzahl der Router und damit die Anschlusskosten bzw. das Datenvolumen je Tram zu ermitteln.

Leppa

Anlage/n:

keine